

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Katharina Schulze GRÜ**

vom 01.06.2017

- mit Drucklegung -

Eskalierter Polizeieinsatz bei Abschiebung in Nürnberg

Zur Umsetzung eines verbindlichen Abschiebebeschlusses der zuständigen Ausländerbehörde hat die Polizei am Morgen des 31.5.2017 einen 20-jährigen Afghanen an einer Nürnberger Berufsschule aus dem Unterricht herausgeholt, um ihn nach Afghanistan abzuschicken. Mitschüler bildeten eine Sitzblockade, um den Abtransport des Afghanen zu verhindern und gegen die Abschiebung zu protestieren. Nach Polizeiangaben wuchs die Teilnehmerzahl der Protestaktion im Laufe des Vormittags auf bis zu 300 Personen an. In der Folge eskalierte die Situation. Es kam zu tumultartigen Szenen. Die Polizei setzte körperliche Zwangsmittel, Pfefferspray und Hunde mit Beißschutz ein. Mehrere PolizistInnen wurden nach Presseangaben verletzt.

Ich frage die Staatsregierung:

1.1 Welchen genauen Einsatzauftrag hatten die PolizeibeamtInnen?

1.2 Wer hat die Entscheidung getroffen, dass der 20-jährige Afghane während des Schulunterrichts und vor den Augen seiner SchulkameradInnen von der Polizei in Gewahrsam genommen wird?

1.3 Wie ist es im Detail zu dieser Eskalation der Demonstration gekommen, bei der es zum Einsatz von Polizeihunden, Pfefferspray und unmittelbaren Zwangsmaßnahmen kam?

2.1 Aus welchen Gründen haben die Beamten unmittelbaren Zwang angewandt?

2.2 Wurden mildere Mittel erwogen und eingesetzt (bitte detailliert angeben)?

3.1 Welche Polizeieinheiten waren an dem Einsatz beteiligt?

3.2 Wurde das Unterstützungskommando Spezialkräfte der Polizei hinzugerufen (bitte Zeit und Grund für den Einsatz des USK angeben)?

4.1 Wie hat die Polizei den Einsatz an der Nürnberger Berufsschule vorbereitet?

4.2 Hat die Staatsregierung vorab mit einer solchen Eskalation vor Ort gerechnet werden?

4.3 Gab es bei anderen Abschiebungen, die in letzter Zeit wiederholt während des Schulunterrichts erfolgt sind, Solidaritätsbekundungen, Demonstrationen und körperliche Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten?

5.1 Wie bewertet die Staatsregierung die Tatsache, dass wie im Falle des 20-jährigen Afghanen derzeit wiederholt Abschiebungen während des Schulunterricht erfolgen, bei denen der gesamte Klassenverband das staatliche Verhalten miterleben muss?

5.2 Wie hat sich die Schulleitung zu dem Einsatz verhalten?

5.3 Welche Hilfe stellt die Staatsregierung den betroffenen SchülerInnen zur Verfügung, die infolge von diesem und anderen Polizeieinsätzen Angst und Schrecken erleben?

6.1 Gegen wieviele Personen, die an den Protestaktionen an der Nürnberger Berufsschule beteiligt waren, werden Ermittlungsverfahren eingeleitet (bitte unter Angabe einer jeweils kurzen, anonymisierten Sachverhaltsdarstellung und unter Aufschlüsselung der jeweiligen Straftatbestände)?

6.2 Wieviele Personen wurden bei dem Einsatz verletzt (bitte die Verletzungen angeben)?

7.1 Seit wann war der 20-jährige Asylbewerber in Deutschland und in welchen Einrichtungen war er untergebracht (bitte Ort und Zeitraum angeben)?

7.2 Aus welchen Gründen erfolgt die Abschiebung des 20-jährigen Afghanen?

7.3 In welcher Ausbildung befand sich der 20-jährige Afghanen (bitte Ort, Betrieb und Beginn des Ausbildungsverhältnisses angeben)?

8.1 Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus dem Polizeieinsatz?